

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

Ausgabe Juli 2016



Luxleaks-Ausschuss beendet Arbeit

„Die wesentliche Erkenntnis des TAXE-Sonderausschuss besteht darin, dass sich einige Mitgliedstaaten wie Luxemburg und die Niederlande beim Thema Steuererwerb für keinen Trick zu schade sind. Sie wurden Experten darin, wie die Besteuerungsgrundlage ihrer Nachbarstaaten untergraben werden kann. Das wussten wir aber alles schon seit den Luxleaks-Enthüllungen. Der Erkenntnisgewinn ist also gering“, fasst der CSU-Finanzexperte Markus Ferber die Arbeit des Sonderausschuss zu Steuervorbescheiden zusammen. Das Plenum in Straßburg stimmte über den Abschlussbericht des Ausschusses ab. Markus Ferber führt die überschaubaren Ergebnisse auf die Wahl des falschen Instruments zurück: „Der Kardinalsfehler bestand darin, dass wir auf einen Sonderausschuss und nicht auf einen Untersuchungsausschuss gesetzt haben. Damit hat das Parlament seine Möglichkeiten selbst beschnitten“, so Ferber.

Außengrenzschutz muss funktionieren!

Markus Ferber begrüßt, dass sich die Mitgliedstaaten und die EU endlich auf eine gemeinschaftliche Verantwortung für den Schutz der Außengrenzen verständigt haben. Das Plenum bestätigte die neuen Regeln in Straßburg. „Eine funktionierende Sicherung der EU-Außengrenzen ist unverzichtbare Voraussetzung für eine geordnete Migrationspolitik. Nur dann funk-

tionieren auch offene Innengrenzen. Deshalb ist eine lückenlose Außengrenzkontrolle eine gemeinsame Verantwortung aller Mitgliedstaaten und keine Privatsache der Länder an der Außengrenze“, so Markus Ferber. Künftig wird eine neue Agentur zur Grenz- und Küstenwache eingerichtet, die auf die bisherige EU-Grenzschutzagentur Frontex aufbaut. „Frontex hatte bisher keine Einsatzkräfte. Jetzt werden wir erstmals eine Noteinsatz-Grenztruppe von 1500 Grenzpolizisten haben, die innerhalb weniger Tage überall in Europa eingesetzt werden kann.“

Mittelstandsfinanzierung

„Zur Ankurbelung der Wirtschaft brauchen wir vor allem Investitionen des Mittelstands, denn er ist der Motor der europäischen Wirtschaft. Aber ohne Bankkredite kein Mittelstand“, so Ferber. Er pocht deshalb darauf, dass die Sonderbehandlungen von Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) bei der Kreditvergabe auch noch in Zukunft sichergestellt wird. Er fordert bei einer durch seine Initiative anberaumten Debatte im Europäischen Parlament, die Kommission auf, sich aktiv dafür einzusetzen. Aktuell erarbeitet der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht neue Standards für die Risikogewichtung von Krediten. Markus Ferber warnt schon heute davor, dass es durch die Erarbeitung der neuen Kreditrisikoansatzes zu drastischen Verschlechterungen für KMU-Kredite kommen könnte: „Es droht die Gefahr einer höheren Risikogewichtung für nahezu alle

Forderungsklassen und besonders für KMU-Kredite und Immobilienfinanzierungen. Höhere Eigenkapitalvorschriften und schlechtere Konditionen für die Mittelstandsfinanzierung wären die Folge. Das trifft vor allem kleine Regionalbanken, die heute der Hauptfinanzier des Mittelstandes sind“, so Ferber. „Die Kommission sitzt bei den Verhandlungen mit am Tisch. Wir müssen uns hundertprozentig darauf verlassen können, dass die Kommission auf die KMU-Sonderbehandlung besteht“, fordert Ferber.

Nach Brexit-Votum

Zwei Wochen nach dem britischen Referendum debattierte das Europäische Parlament, wie es nach dem Votum weitergeht. Als „besonders feige“ bewertet Markus Ferber den Rückzug des Brexit-Vorkämpfers Nigel Farage als Parteivorsitzender. „Er hat sein Land gespalten und nun macht er sich aus dem Staub“, so Ferber. „Das ist nicht die feine englische Art, es ist beschämend.“ Ferber forderte die 27 Mitgliedstaaten auf, sich nicht durch das politische Chaos in London blockieren zu lassen. Jegliche überhastete Vorschläge für „mehr Europa“ lehnt er ab. „Jetzt ist die Stunde in der die Kommission Selbstkritik üben sollte und keine Vorschläge für eine Vertiefung machen soll.“ Auch die Mitgliedstaaten fordert er auf, mehr Verantwortung zu übernehmen und nicht immer Brüssel den Schwarzen Peter zuzuschieben. „Bei jeder Entscheidung in Brüssel sitzen die Mitgliedstaaten mit am Tisch.“

